

NEONAZI-HOME PAGE

Innenministerium: Führen Ermittlungen korrekt

09. März 2011 11:12

Keine Auskunft von Staatsanwaltschaft zu Ermittlungsstand - Grüne: Tiroler FP-Mandatar

"längst rücktrittsreif"

Wien - Ein Sprecher des Innenministeriums hat am Mittwoch auf Anfrage der APA betont, dass die Ermittlungen zur Neonazi-Website "alpen-donau.info" "sachlich und korrekt" durchgeführt und die Ergebnisse der zuständigen Staatsanwaltschaft übermittelt würden. Auch die Staatsanwaltschaft Wien versicherte, dass die Ermittlungen laufen. Die SPÖ-Abgeordnete Petra Bayr hatte zuvor gemeint, die "Laxheit", mit der ermittelt werde, sei "schlichtweg unerträglich".

Zum Ermittlungsstand könne man keine Auskunft erteilen, es handle sich um eine Verschlussache, erklärte der Sprecher der Staatsanwaltschaft Wien gegenüber der APA.

SPÖ für "lückenlose Aufklärung"

"Lückenlose Aufklärung" fordert die SPÖ-Abgeordnete Petra Bayr in der Causa um den FPÖ-Abgeordneten Werner Königshofer. Sollte sich "der Verdacht bestätigen", dass der FPÖ-Abgeordnete mit der Neonazi-Homepage "alpen-donau.info" kooperiere, "muss Königshofer die Konsequenzen ziehen und aus allen politischen Funktionen ausscheiden", forderte sie in einer Aussendung am Mittwoch. Für die Grünen ist Königshofer "schon längst rücktrittsreif".

Der Wiener Anwalt Georg Zanger und der Kriminalbeamte Uwe Sailer wollen laut "Falter" beweisen, dass Königshofer hinter "alpen-donau.info" steht und brachten vergangene Woche Strafanzeige nach dem NS-Verbotsgesetz ein. Sailer soll über eine anonyme E-Mail-Adresse dem FPÖ-Abgeordneten einen mit einem Code versehenen Zeitungsartikel geschickt haben, durch den das Dokument eindeutig identifizierbar gewesen sei. Der manipulierte Zeitungsartikel sei schließlich drei Tage später auf der Neonazi-Homepage aufgetaucht. Königshofer wies die Vorwürfe als haltlos zurück: "Ich habe überhaupt keine Verbindungen dorthin."

Neben ihrer Forderung nach Aufklärung sieht Bayr auch Innenministerin Maria Fekter gefordert, gegen die Website aktiv zu werden. Da ein Abschalten der Seite nicht möglich sei, weil sich der Server in den USA befinde, sei es umso wichtiger, dass "die Betreiber - die ja ganz offensichtlich in Österreich tätig sind - endlich ausgeforscht und zur Rechenschaft gezogen werden". Die "Laxheit", mit der ermittelt werde, sei "schlichtweg unerträglich".

"Wie lange will (FPÖ-Chef Heinz-Christian) Strache noch den Kopf in den Sand stecken?", fragt sich Karl Öllinger von den Grünen. "Die Erklärung von Königshofer, die manipulierte Mail zwar geöffnet, aber nicht weitergegeben zu haben, reicht nicht aus, wenn ausgerechnet die für Königshofer speziell präparierte Mail von den Neonazis veröffentlicht worden ist", meinte er in einer Aussendung. Öllinger ortet aber auch sonst noch "genügend Handlungsbedarf", so habe Königshofer etwa auf seiner Homepage "eine widerliche Hetzschrift 'Tirol oder Türol' veröffentlicht". In diesem Fall ist derzeit ein Verfahren wegen Verdachts der Verhetzung anhängig. (APA)